

09.01.2013

37. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe

Stabilität, Solidarität und Sicherheit

Die CSU-Landesgruppe hat bei ihrer traditionellen Klausurtagung in Wildbad Kreuth eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefasst und damit die Weichen für das Jahr 2013 gestellt. Mit ihren insgesamt sieben Positionspapieren macht die CSU-Landesgruppe einmal mehr deutlich, dass ihre Politik weiterhin von Stabilität, Solidarität und Sicherheit geprägt ist.



Bildungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth

Foto: picture alliance / dpa

Auch bei der diesjährigen Klausurtagung konnte die CSU-Landesgruppe hochrangige Gäste in Wildbad Kreuth begrüßen und mit ihnen über die gesamte Bandbreite der politischen Themen diskutieren. Im Gespräch mit dem ausländischen Staatsmann - dem irischen Premierminister Enda Kenny - spielte insbesondere die Staatsschuldenkrise und der weitere Fahrplan für Europa eine zentrale Rolle. Irland war im Jahr 2010 der erste EU-Staat, der den Rettungsschirm in Anspruch nehmen musste. Seit Jahresbeginn hat Irland die im 6-Monatsrhythmus wechselnde EU-Ratspräsidentschaft inne. In ihrem politischen Bericht wies die Vorsitzende der Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, darauf hin, dass man als Landesgruppe mit Stolz auf die eigene Europapolitik blicken könne. „Die Stabilität der Währung und eine sachgerechte Fortentwicklung der EU in den Blick zu nehmen, sollte niemand damit verwechseln, dass die CSU europakritisch ist. Die CSU ist europafreundlich - gerade weil wir uns für Stabilität in Europa einsetzen“, so Gerda Hasselfeldt. Neben dem irischen Premierminister und dem CSU-Parteivorsitzenden und

Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer war auch der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Gerhard Schindler, zu Gast in Wildbad Kreuth. Mit ihm konnten die Abgeordneten über die derzeit national und international im Fokus stehenden Brennpunkte sprechen. Gleich zu Beginn der Tagung am Montag gab die Leiterin des renommierten Instituts Allensbach, Prof. Dr. Renate Köcher, der Landesgruppe einen Überblick über aktuelle demoskopische Daten zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen. Die Belange der Landwirtschaft hat die CSU-Landesgruppe mit dem Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes, Walter Heidl, thematisiert. Beim abendlichen Kaminesgespräch mit dem Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx, nahmen die christlich-sozialen Abgeordneten insbesondere auch die sozial- und gesellschaftspolitischen Themen in den Blick. Zum Abschluss der Klausurtagung befasste sich die CSU-Landesgruppe am Mittwoch im Rahmen eines energiepolitischen Gesprächs mit Bundesumweltminister Peter Altmaier und Vertretern der Energiewirtschaft mit der Umsetzung der Energiewende.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

zum Auftakt dieses Wahl- und Richtungsjahres für Bayern und Deutschland haben wir in Wildbad Kreuth gezeigt, dass sich die Menschen bei uns auf Stabilität, Solidarität und Sicherheit verlassen



können. Wir haben mit unseren Beschlüssen den Rahmen für eine stabile Energieversorgung gesetzt, die auch in Zukunft bezahlbar bleiben soll. Und wir haben die Rahmenbedingungen für Stabilität bei der weiteren Entwicklung der Europäischen Union und der Eurozone gelegt. Das sollte niemand damit verwechseln, dass die CSU europakritisch sei. Wer sich für Stabilität in Europa einsetzt, ist europafreundlich!

Wir haben die Solidarität in der Gesellschaft mit unseren Beschlüssen zur Arbeits- und Sozialpolitik in den Blick genommen und klare Antworten auf viele drängende Fragen gefunden. Wir haben aber auch Solidarität mit den Familien eingefordert und die politischen Weichen dafür gestellt, dass ihnen das gegeben wird, was viele junge Mütter und Väter sich sehnlichst wünschen: Zeit für Familie. Und wir stehen für Sicherheit. In Wildbad Kreuth haben wir diese für den zwischenzeitlich lebenswichtigen IT-Bereich eingefordert. Und zur Sicherheit gehört für uns auch, den Menschen nicht nur in Städten sondern auch auf dem Land eine sichere ärztliche Versorgung zu garantieren. Mit unseren klaren Vorstellungen zur Zukunft der Krankenhausfinanzierung haben wir wichtige Forderungen artikuliert. Das in Kreuth beschlossene 5-Punkte-Programm sichert die ärztliche Versorgung der Menschen auf dem Land.

Bayern und Deutschland geht es heute gut. Im Jahr 2012 hatten wir den niedrigsten Arbeitslosenstand seit der Wiedervereinigung. In diesem Jahr werden wir in diese erfolgreiche Richtung weiterzugehen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Reinhard Brandl MdB

Verlässliche Arbeits- und Sozialpolitik

CSU-Landesgruppe steht für soziale Sicherheit

Die CSU-Landesgruppe steht für soziale Sicherheit in Deutschland - das hat sie bei ihrer Klausurtagung einmal mehr unter Beweis gestellt. Die christlich-sozialen Abgeordneten haben in Wildbad Kreuth nicht nur einen umfangreichen Beschluss zur Arbeits- und Sozialpolitik gefasst, sondern auch gesellschafts- und sozialpolitische Fragen mit dem Erzbischof von München und Freising, Kardinal Reinhard Marx, diskutiert.

Fast 42 Millionen Menschen in Deutschland sind erwerbstätig. Trotz der Staatsschuldenkrise ist es der christlich-liberalen Koalition gelungen, für solides Wachstum am Arbeitsmarkt zu sorgen, so dass sich die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Jahr 2005 fast halbiert hat. Insbesondere die jüngere Generation hat in unserem Land gute Chancen beim Start ins Berufsleben. Die Arbeitslosenquote von jungen Erwachsenen liegt mit 5,5 % auf dem niedrigsten Stand seit vielen Jahren – in Bayern beträgt diese sogar nur 2,4 %. Diesen erfolgreichen Weg wird die CSU-Landesgruppe mit ihrem umfangreichen Beschluss zur Arbeits- und Sozialpolitik weiter fortsetzen. In diesem stellt die Landesgruppe klar, dass Zeitarbeit erforderlich ist, aber dennoch kein Grund für Lohndumping sein darf. Gleichzeitig fordert die Landesgruppe einen tariflichen



Foto: CSU-Landesgruppe
Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt begrüßt Kardinal Reinhard Marx in Wildbad Kreuth

Branchenmindestlohn und eine Stärkung der Generationenkomponente. Außerdem haben die christlich-sozialen Abgeordneten bei ihrer Klausurtagung klargestellt, dass die Lebensleistung bei der Grundsicherung im Alter anerkannt und die Benachteiligung der Müttern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, beseitigt werden muss. Zudem

sollen Selbständige mit einer Altersvorsorgepflicht in die Verantwortung genommen werden. Bei allen Maßnahmen stellt die CSU-Landesgruppe den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Arbeits- und Sozialpolitik. Ziel unserer Politik ist es, allen Menschen eine Erwerbstätigkeit zu einer angemessenen Entlohnung zu ermöglichen und jungen Menschen Perspektiven zu geben. Denn nur mit verlässlicher Arbeit, fairen Löhnen und zusätzlicher Altersvorsorge kann Bedürftigkeit im Alter vermieden werden.

Diese Woche

37. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe Stabilität, Solidarität und Sicherheit	1
Verlässliche Arbeits- und Sozialpolitik CSU-Landesgruppe steht für soziale Sicherheit	2
Zukunftsfähige Krankenhausversorgung Der Patient im Mittelpunkt	2
Konsequente Europapolitik CSU-Landesgruppe diskutiert mit irischem Premierminister	3
Familienfreundliche Politik Werte Leben und Freiräume schaffen	3
Verlässliche Energiepolitik Energie von morgen - sicher und bezahlbar	4
„Sicher und smart in die Zukunft“ CSU-Landesgruppe geschlossen für mehr IT-Sicherheit	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Zukunftsfähige Krankenhausversorgung

Der Patient im Mittelpunkt

Die CSU-Landesgruppe möchte eine hochwertige Krankenhausversorgung für die Menschen in Bayern und Deutschland nachhaltig sicherstellen - sowohl in den großstädtischen Ballungsräumen als auch in ländlich strukturierten Regionen. Hierfür haben die christlich-sozialen Abgeordneten mit einem umfangreichen Beschluss zur Krankenhausfinanzierung in Wildbad Kreuth eine wichtige Grundlage gelegt.

Die Krankenhäuser in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen: steigende Kosten, die sich aus dem zunehmenden Leistungsbedarf aufgrund



Foto: picture alliance / dpa

des medizinischen Fortschritts und des demographischen Wandels ergeben. Zugleich müssen auch die Krankenhäuser ihren Beitrag leisten, um das Gesundheitswesen auf ein solides und zukunftsfähiges finanzielles Fundament zu stellen. Mit dem von der CSU-Landesgruppe auf der Weg gebrachten Maßnahmenbündel sollen nicht nur finanzielle Verbesserungen geschaffen, sondern auch Anreize für eine höhere Qualität der Krankenhausleistungen und die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung gesetzt

werden. Die Landesgruppe möchte noch in dieser Legislaturperiode zahlreiche Verbesserungen umsetzen. So soll der sogenannte Sicherstellungszuschlag zur Finanzierung der Versorgung in unterversorgten Gebieten praktikabler gestaltet werden. Gleichzeitig soll ein Förderprogramm zur Verbesserung der Krankenhaushygiene aufgelegt werden, um die Patienten noch besser vor Infektionen zu schützen. Daneben soll das Förderprogramm für Pflegepersonal weitergeführt werden, um die Pflege der Patienten weiter zu verbessern. Auch die Reform der ambulanten Versorgung soll nun zügig umgesetzt und die ambulanten Leistungen am Krankenhaus gefördert werden.

Konsequente Europapolitik

CSU-Landesgruppe diskutiert mit irischem Premierminister

Bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth hat die CSU-Landesgruppe am Dienstag die Europapolitik in den Fokus genommen und mit dem irischen Premierminister Enda Kenny über die Situation in Irland und den Fahrplan für die irische EU-Ratspräsidentschaft gesprochen. Anschließend haben die CSU-Abgeordneten einen umfangreichen Beschluss für ein wettbewerbsfähiges, zukunftsfähiges und bürgernahes Europa gefasst.

Nach der halbstündigen Rede des Premierministers diskutierte die Landesgruppe ausführlich mit Enda Kenny über den weiteren Weg in Irland, aber auch über die Pläne Irlands für die EU-Ratspräsidentschaft - die Irland am 1. Januar übernommen hat. Bei der Diskussion wurde Zuversicht deutlich, dass Irland den Rettungsschirm - unter dem das Land nach einer schweren Bankenkrise im Jahr 2010 als erster EU-Staat Zuflucht suchen musste - bald wieder verlassen kann. Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt erläuterte, sie habe „hohen Respekt für das, was Irland mit seinem Anpassungsprogramm geleistet hat.“ In Irland werde deutlich,

dass der Grundsatz der Landesgruppe bei Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro funktioniert: Solidarität und Solidität müssen Hand in Hand gehen. Enda Kenny nahm in seiner Rede auch Bezug auf Bayern und zeigte sich beeindruckt von dem, was Bayern in den vergangenen Jahren geleistet habe. Das Land sei wirtschaftlich und fiskalisch hervorragend aufgestellt und Vorbild für Irland: „Wir wollen genau dorthin, wo Sie gerade stehen“, erklärte der Premierminister in seiner Rede. Im Anschluss an das Gespräch mit dem irischen Premierminister hat die CSU-Landesgruppe in ihrem Positionspapier zu Europa

neue Leitlinien für die Europapolitik aufstellt. So sollen die europäischen Institutionen künftig in der Regel nur Zielvorgaben formulieren und deren Einhaltung überwachen - die Wege dorthin sollen dagegen auf nationaler Ebene entschieden werden. Gleichzeitig geht es in dem Europapapier auch um mehr Bürgernähe in der EU, weniger EU-Kommissare, niedrigere Gehälter für EU-Beamte und mehr Effizienz. So soll die EU-Kommission künftig nur noch aus 12 Mitgliedern bestehen - zuzüglich des Kommissionspräsidenten und des Außenbeauftragten. Für die Besetzung schlägt die CSU-Landesgruppe ein Rotationsverfahren vor, wobei ein Teil

der Sitze nach Bevölkerungsgröße vergeben wird. Die EU-Ausgaben sollen maximal ein Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU betragen und die Verwaltungskosten der Kommission sollen deutlich gesenkt werden. Für grundlegende Fragen Europas - wie die Übertragung wesentlicher Kompetenzen nach Brüssel, Beitritte neuer Staaten oder grundlegende Änderungen der EU-Verträge - soll es künftig Volksentscheide geben. Zudem legt die Landesgruppe auch großen Wert darauf, dass auf EU-Ebene die deutsche Sprache als Verfahrenssprache dem Englischen und Französischen gleichgestellt wird.



Foto: CSU-Landesgruppe
Gute Stimmung: Bereits beim gemütlichen Abend konnten Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und CSU-Vorsitzender und Ministerpräsident Horst Seehofer den Irischen Premierminister Enda Kenny bei der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe begrüßen.

Familienfreundliche Politik

Werte Leben und Freiräume schaffen

Zentrales Anliegen der christlich-sozialen Politik der CSU-Landesgruppe ist es, die Institution Familie zu schützen, zu fördern und ihre Werte zu bewahren. Deshalb plädiert die CSU-Landesgruppe in ihrem in Wildbad Kreuth beschlossenen Positionspapier für eine umfassende Familienpolitik.

Die mit der Familie verbundenen Werte - wie etwa ein generationenübergreifendes Miteinander, die Weitergabe von Leben sowie die Erziehung und Sorge für Kinder - stellen für die Landesgruppe wichtige Grundlagen für eine menschliche und zukunftsfähige Gesellschaft dar. Mit einer umfassenden Familienpolitik, die Familien strukturell, finanziell und ideell fördert, wollen wir daher

sicherstellen, dass sich Eltern und Kinder in unserem Land bestmöglich entfalten können. Eine umfassende



Foto: CSU-Landesgruppe
Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt betonte in Wildbad Kreuth die zentrale Bedeutung der Familien in Deutschland

Familienpolitik hat aus Sicht der CSU-Landesgruppe fünf Bestandteile: Familien brauchen Unterstützung bei der Betreuung von Kindern, finanzielle Unterstützung, gemeinsame Zeit, um Familie leben zu können und die Einstellungspolitik muss familienfreundlicher und die Arbeitswelt frauenfreundlicher gestaltet werden. Deshalb fordert die CSU-Landesgruppe in ihrem Positionspapier die finanzielle Förderung von Ehe und Familie, Wahlfreiheit statt Bevormundung bei der Betreuung und mehr Freiräume für Familien.

Verlässliche Energiepolitik

Energie von morgen - sicher und bezahlbar

Die CSU-Landesgruppe hat sich bei ihrer Klausurtagung intensiv mit der Energiewende befasst und ein Maßnahmenpaket für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung beschlossen. Im Rahmen eines energiepolitischen Gesprächs mit Bundesminister Peter Altmaier und Vertretern der Energiewirtschaft haben die christlich-sozialen Abgeordneten die weiteren Schritte auf dem Weg in ein neues Energiezeitalter beraten.

Mit umfassenden energiepolitischen Gesetzen und Verordnungen hat die christlich-liberale Koalition in dieser Legislaturperiode die Energiewende gestartet. Ziel unserer Politik ist es, bis zum Jahr 2020 die Stromversorgung zu mehr als 35 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu speisen. Um dieses Ziel auch erreichen zu können, hat die CSU-Landesgruppe bei ihrer Klausurtagung zahlreiche Maßnahmen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gefordert. So soll die Volatilität versorgungssicher gemacht und die Übertragungsnetze in einer unabhängigen und kapitalmarktfähigen Netzgesellschaft zusammengeführt werden. Daneben fordern die Abgeordneten der Landesgruppe den qualitativen und quantitativen Ausbau der Übertragungsnetze und die Moder-



Foto: CSU-Landesgruppe
Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und Bundesumweltminister Peter Altmaier im Interview mit Journalisten in Wildbad Kreuth

die Unternehmen weiterhin bezahlbar bleiben muss. Hierfür soll das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) reformiert und die Berechnung der EEG-Umlage geändert werden. Denn zentrales Anliegen der CSU-Landesgruppe in der Energiepolitik ist es, die Energiewende zügig voranzutreiben und gleichzeitig die Belastung der Verbraucher so gering wie möglich zu halten.

nisierung der Verteilernetze. Um die schwankende Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien ausgleichen zu können, soll gleichzeitig die Speicherforschung intensiviert und die Energieeffizienz weiter verbessert werden. Einig zeigten sich die christlich-sozialen Abgeordneten auch, dass bei allen für die Energiewende erforderlichen Maßnahmen die Energie für die privaten Verbraucher und

die Unternehmen weiterhin bezahlbar bleiben muss. Hierfür soll das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) reformiert und die Berechnung der EEG-Umlage geändert werden. Denn zentrales Anliegen der CSU-Landesgruppe in der Energiepolitik ist es, die Energiewende zügig voranzutreiben und gleichzeitig die Belastung der Verbraucher so gering wie möglich zu halten.

„Sicher und smart in die Zukunft“

CSU-Landesgruppe geschlossen für mehr IT-Sicherheit

Mit einer Reihe von Maßnahmen möchte die CSU-Landesgruppe die IT-Sicherheit in Deutschland weiter verbessern. So forderten die christlich-sozialen Abgeordneten bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth unter anderem die Einführung eines sogenannten IT-Sicherheitsgesetzes, mit dem kritische IT-Infrastrukturen in Zukunft noch besser geschützt werden sollen.

Die Digitalisierung unseres Alltags schreitet unaufhörlich voran. Digitale Innovationen und smarte Anwendungen bahnen sich kontinuierlich ihren Weg in unser Leben. Geräte wie Notebooks, Smartphones und Tablet-PCs gehören zwischenzeitlich zu unserem Alltag. Die meisten dieser Geräte kommunizieren miteinander über das Internet. Damit dies reibungslos und ungestört erfolgen kann, benötigen die Geräte nicht nur die entsprechende Infrastruktur - auch die Nutzerinnen und Nutzer benötigen die Gewissheit, dass die eingegangenen Verbindungen sicher und belastbar sind. Die CSU-Landesgruppe hat daher auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth mehrere Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit gefordert. Mit dem von Bundesinnenminister Dr. Friedrich erarbeiteten IT-Sicherheitsgesetz wollen die christlich-sozialen Abgeordneten eine Meldepflicht für Angriffe auf sicherheitsrelevante Infrastrukturen und branchenbezogene



Foto: CSU-Landesgruppe
Die CSU-Bundestagsabgeordneten haben sich bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth geschlossen für verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit ausgesprochen.

Mindeststandards einführen. „IT-Sicherheit - Made in Germany“ soll zum Markenzeichen und weiteren Standortvorteil für Deutschland werden. Daneben setzt sich die CSU-Landesgruppe auch konsequent dafür ein, dass Missbrauch und kriminelles Handeln im Internet entschlossen bekämpft werden. Denn nach Überzeugung der Abgeordneten ist dies erforderlich, um das Vertrauen der Nutzerinnen und Nutzer in die neuen Technologien und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Fortschritt aufrecht zu erhalten. Auch die Rechtssicherheit für Betreiber und Nutzer von offenen WLAN-Netzwerken behalten die christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten im Blick und wollen für die Benutzung und Bereitstellung von offenen drahtlosen Netzwerken gesetzliche Regelungen schaffen - die sowohl den Schutz des privaten Nutzers als auch die die Rechtsstellung und Haftung des Anbieters regeln.

Mindeststandards einführen. „IT-Sicherheit - Made in Germany“ soll zum Markenzeichen und weiteren Standortvorteil für Deutschland werden. Daneben setzt sich die CSU-Landesgruppe auch konsequent dafür ein, dass Missbrauch und kriminelles Handeln im Internet entschlossen bekämpft werden. Denn nach Überzeugung der Abgeordneten ist dies erforderlich, um das Vertrauen der Nutzerinnen und Nutzer in die neuen Technologien und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Fortschritt aufrecht zu erhalten. Auch die Rechtssicherheit für Betreiber und Nutzer von offenen WLAN-Netzwerken behalten die christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten im Blick und wollen für die Benutzung und Bereitstellung von offenen drahtlosen Netzwerken gesetzliche Regelungen schaffen - die sowohl den Schutz des privaten Nutzers als auch die die Rechtsstellung und Haftung des Anbieters regeln.

Mindeststandards einführen. „IT-Sicherheit - Made in Germany“ soll zum Markenzeichen und weiteren Standortvorteil für Deutschland werden. Daneben setzt sich die CSU-Landesgruppe auch konsequent dafür ein, dass Missbrauch und kriminelles Handeln im Internet entschlossen bekämpft werden. Denn nach Überzeugung der Abgeordneten ist dies erforderlich, um das Vertrauen der Nutzerinnen und Nutzer in die neuen Technologien und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Fortschritt aufrecht zu erhalten. Auch die Rechtssicherheit für Betreiber und Nutzer von offenen WLAN-Netzwerken behalten die christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten im Blick und wollen für die Benutzung und Bereitstellung von offenen drahtlosen Netzwerken gesetzliche Regelungen schaffen - die sowohl den Schutz des privaten Nutzers als auch die die Rechtsstellung und Haftung des Anbieters regeln.